

## Rheinfelder Montagsdemo



### **Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,**



#### **Pflegeversicherung ...!**

*(Irene mit ihrem Beitrag für die - Montagsdemo am 17.12.2012)*

Die Pflegeversicherung und deren Einführung hat uns 1995 den Buß- Bettag als Feiertag gekostet. Verbunden war das mit der Abwälzung eines Teiles der Pflegekosten und des Pflegeaufwandes auf die Familie und die Förderung privater Zusatzversicherungen.

Das Ergebnis ist eine immer größer werdende Schere zwischen steigenden Pflegekosten auf der einen Seite und völlig unzureichenden Versicherungsleistungen auf der anderen Seite.

So müssen laut einer Studie der Barmer GRK die Menschen in Deutschland die Hälfte der Pflegekosten – im Schnitt 31.000 Euro selbst aufbringen. Da hat zur Folge dass immer mehr Menschen sich die notwendige Pflege nicht leisten können.

Der Wachstumsmarkt Pflege ist inzwischen zum großen Teil zu einem Supergeschäft für Versicherungen und Gesundheitskonzerne geworden und wird auch dementsprechend ausgebaut.

Das liegt ganz auf der Linie des 2000 in Kraft getretene internationalen GATS- Abkommen über die Liberalisierung des Handels mit öffentlichen Dienstleistungen.

Es öffnet die Industrialisierung und Kommerzialisierung von wesentliche Seiten des Menschlichen Lebens wie Gesundheit, Pflege, Bildung und Kinderbetreuung Tür und Tor.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Jounq fordert einen Konzentrationsprozess an dessen Ende einige wenige Pflege-Großkonzerne stehen.

Schon seit 1999 haben private Pflegeheime und Pflegekonzerne um 30 % zugenommen. Sie sollen nun zusätzlich durch die ambulante Pflege „ ihre Wettbewerbsposition deutlich stärken. Das wäre das Aus für zahlreiche Ambulante Pflegedienste

Die massive Kritik der Bezuschussung bei der Pflege veranlasste die Regierung Merkel Rösler einem neuen Pflegegesetz den sogenannten Pflege-Bahr zu verabschieden. (Benannt nach den FDP Gesundheitsminister)

60 € Zuschuss pro Jahr, soll es ab 2013 für private Zusatzpflegeversicherungen geben, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Mindestens 270 € jährlich muss heute ein vierzig Jähriger Mann bezahlen wenn er in den " Genuss „ des Zuschusses kommen will. Eine gleichaltrige Frau zahlt sogar rund 420 €

Was die Regierung beschossen hat stärkt einzig und allein die Versicherungswirtschaft kritisiert der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel. Der Gesundheitsexperte von der SPD Karl Lauterbach rechnet bei den staatlich geförderten Pflegepolicen erst einmal mit Billigofferten, bis die Konkurrenz ausgeschaltet ist, und danach mit einem saftigen Preisanstieg von 10 % pro Jahr.

Mit der Einführung einer Sozialsteuer von 6 % auf den Umsatz könnten Renten- Arbeitslosen- und Pflegeversicherung bezahlt werden!

**Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!**

*Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz*